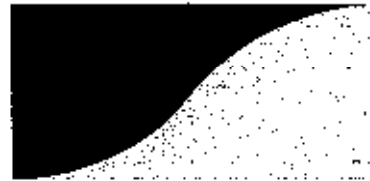


# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 219038/39  
Telex: 886846 pabn d



## Inhalt

Michael Müller MdB warnt vor einer Umweltkatastrophe in der Folge staatlicher Untätigkeit.

Seite 1

Eckart Kuhlwein MdB fordert einen Einstellungskorridor für die Beschäftigung von Lehrern.

Seite 3

Professor Dr. Nils Diederich MdB stellt Leitlinien für ein RIAS-Fernsehen vor.

Seite 5

40. Jahrgang / 221

19. November 1985

Die Einführung von Tempo 100/80 ist keine ideologische Spielerei

Zur Verringerung der lebensbedrohenden Umweltzerstörung muß auch das Auto seinen Beitrag leisten

Von Michael Müller MdB

Bei der Forderung der SPD nach einem zunächst auf vier Jahre befristeten Tempolimit handelt es sich nicht um eine ideologische Verringerung der umwelt- und lebensbedrohenden Luftverunreinigung. Die Schadensentwicklung der letzten Jahre verlangt es, alle Möglichkeiten zur Umweltentlastung auszuschöpfen. Dazu muß auch das Auto einen Beitrag leisten. Nachdem die Bundesregierung bei der EG-Einführung us-amerikanischer Grenzwerte für Pkw's schmächtig versagt hat, ist das Tempolimit das einzige Mittel, das kurzfristig eine Wirkung erreicht, die bei dem heutigen Tempo bei der Einführung schadstoffarmer Pkw's erst nach 1993 erreicht würde.

Die Haltung der Bundesregierung:

- o Wo die Ergebnisse eindeutig positiv sind, wie zum Beispiel auf der Autobahnstrecke München-Garmisch, wird das veränderte Fahrverhalten auf das „grandiose Alpenpanorama“ zurückgeführt.

Verlag und Redaktion:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217  
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 D8

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
mit. zuzügl. MwSt. und Versand.

Freemittige Lesart  
mit praktischen Ratgeber  
Recycling-Papier



- o Das unterschiedliche Fahrverhalten auf den unterschiedlichen Teststrecken soll nicht für sich sondern global ausgewertet werden, dadurch werden die möglichen Entlastungen nicht positiv herausgestellt.
- o Eine Tempobegrenzung auf Bundesautobahnen erfordert gleichzeitig auf Außerortsstraßen Tempo 80 als Höchstgrenze, um zu einem anderen Fahrverhalten zu kommen. Allein schon eine Begrenzung auf Tempo 80 auf Außerortsstraßen würde eine erhebliche Verringerung von Stickoxidemissionen bedeuten; so selbst nach Aussagen vom Verband der Automobilindustrie und vom ADAC rund 55.000 Tonnen.

Die SPD hat nie verhehlt, daß ihrer Auffassung nach der Großversuch nicht erforderlich war. Gerade deshalb darf er aber jetzt nicht mit Taschenspielertricks heruntergespielt werden, zumal er den Steuerzahler auch noch 14 Millionen DM gekostet hat.

Angesichts der Dimension der Umweltzerstörung müssen Eigennutz und Lobbyinteressen zurücktreten, auch wenn dies sicherlich dem einzelnen schwerfällt. Es steht viel auf dem Spiel, weil nur ein am Gemeinnutz und an der Bewahrung einer menschenwürdigen Zukunft orientiertes Handeln die Umweltprobleme lösen kann.

Es ist eine ernst zu nehmende Frage, ob bei einer weiteren Zuspitzung ohne autoritäres, weitreichend einschneidendes Handeln des Staates eine Umweltkatastrophe verhindert werden kann. Diese Frage müssen sich auch politische Lobbyisten gefallen lassen.

(-/19.11.1985/va/ks)

+ + +



Wir brauchen einen Einstellungskorridor für Lehrer

Bleibt der Einstellungsstopp - werden die Schulen veröden

Von Eckart Kuhlwein MdB  
Obmann der SPD-Fraktion im Ausschuß für Bildung und Wissenschaft des Deutschen Bundestages

Auf Antrag der SPD-Bundestagsfraktion hat vor nunmehr zwei Jahren der Bundestagsausschuß für Bildung und Wissenschaft eine Anhörung zum Thema Lehrerarbeitslosigkeit veranstaltet. Die Bildungspolitiker aller Fraktionen waren sich einig, daß der faktische Einstellungsstopp für Lehrer in fast allen Bundesländern nicht nur ein sozialpolitisches, sondern auch ein bildungspolitisches Problem darstellt. Der Ausschuß hat deshalb die Bundesministerin für Bildung und Wissenschaft gebeten, das Thema in der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung zur Sprache zu bringen und dort mit den Ländern gemeinsam ein Konzept zu entwickeln.

Der Ausschuß mußte diesen etwas komplizierten Weg einschlagen, weil der Bund ganz ohne Zweifel allein keinerlei Möglichkeiten hat, die Einstellung von Lehrern direkt zu beeinflussen. Aber ebenso unbestritten ist, daß die Frage der Lehrereinstellung genau zu den bildungspolitischen Bereichen gehört, die mit der gemeinsamen Bildungsplanung nach Artikel 91 b Grundgesetz (GG) gemeint sind. Es ist deshalb notwendig und gerechtfertigt, daß die SPD-Bundestagsfraktion sich auch in dieser Frage engagiert, soll nicht Bundesbildungspolitik völlig ihre Legitimation verlieren.

Die BLK hat am 27. September dieses Jahres Empfehlungen zum Thema „Lehrereinstellung, Lehrerarbeitslosigkeit“ verabschiedet. Die Kultusministerkonferenz hat dazu - wie zu erwarten - positiv Stellung genommen. Die Finanzministerkonferenz jedoch hat die Empfehlungen abgelehnt. Nun ist es Sache der Ministerpräsidenten, die Ende November mit dem Bundeskanzler zusammentreffen, eine Entscheidung zu fällen.

Helmut Schmidt hat als Bundeskanzler in einer ähnlichen Situation im Herbst 1977 die Ministerpräsidenten der Länder zu der selbst auferlegten Verpflichtung bewegen können, durch Überlastmittel für die Hochschulen den drohenden Numerus clausus in einer ganzen Reihe von Fächern zu verhindern. Wir erwarten von Helmut Kohl, daß auch er die gesamtstaatliche Verantwortung im Bildungsbereich wahrnimmt.

Kern des BKL-Papiers ist die Forderung nach einem „Einstellungskorridor“. Dafür werden in erster Linie pädagogische und bildungspolitische Gründe geltend gemacht. Eine Mindesteinstellungsquote ist danach erforderlich, weil

- in den Lehrerkollegien sonst eine Überalterung droht,
- der ständige Wissenstransfer von den Hochschulen in die Schulpraxis gesichert werden muß,
- auch kleine und wohnortnahe Schulen ausreichend mit Lehrern versorgt werden müssen,
- in den Schulen die notwendige Angebots- und Förderungsdifferenzierung gewährleistet werden muß,
- Unterrichtsausfälle vor allem in bestimmten Fächern vermieden werden müssen,
- die Kapazitäten für Lehrerausbildung an den Hochschulen nicht beliebig ab- und später wiederaufgebaut werden können und

- wenigstens die besonders befähigten Lehramtsabsolventen eines Jahrgangs die Chance auf Einstellung haben müssen.

Die Länder werden sich aus finanziellen Gründen schwer tun, den Empfehlungen zu folgen. Zu stark hat der Bund in den vergangenen Jahren durch die Kürzungen von Sozialleistungen die Haushalte von Ländern und Gemeinden belastet. Und noch immer ist keine gerechte Neuregelung des Länderfinanzausgleichs verabschiedet worden. Umso wichtiger ist es, daß im Zusammenhang mit dem Einstellungskorridor für Lehrer auch die Frage diskutiert wird, wie durch eine flankierende Gesetzgebung des Bundes beziehungsweise der Länder der Einstellungskorridor annähernd kostenneutral eingerichtet werden kann. Alle hier folgenden Vorschläge stehen aber unter dem Vorbehalt, daß durch verbindliche politische Willenserklärungen der Ministerpräsidenten sichergestellt wird, daß freiwerdende Mittel nicht zur allgemeinen Haushaltskonsolidierung, sondern zur Schaffung von Lehrerplanstellen verwendet werden. Helmut Kohls Aufgabe ist es, diese Erklärung zustandezubringen.

Durch die Änderung dienstrechtlicher Vorschriften hat der Bundestag bereits in diesem Jahr die Möglichkeiten für freiwillige Teilzeitbeschäftigung für Lehrer erweitert. Ganz ausgeschöpft ist der Spielraum jedoch nicht. Im übrigen wird dem Vernehmen nach bisher noch lange nicht genügend von diesen Möglichkeiten Gebrauch gemacht. Die flexible Altersgrenze könnte bei entsprechend verringerter Altersversorgung herabgesetzt und damit Raum für frühzeitige freiwillige Pensionierung geschaffen werden. Generell für den öffentlichen Dienst gilt der Vorschlag der BLK, die Besoldungsstruktur und die Beförderungsmöglichkeiten mit dem Ziel zu verändern, die eingesparten Mittel für neue Stellen nutzbar zu machen.

Am wichtigsten erscheint mir jedoch der Vorschlag, entweder die Wochenarbeitszeit ohne Gehaltsausgleich zu verkürzen beziehungsweise die Verkürzung bei der nächsten Gehaltserhöhung in Anrechnung zu bringen (Schwier-Plan) oder die Einführung eines freiwilligen beziehungsweise obligatorischen Fortbildungs- oder Sabbatjahres im Sieben- bis Zehn-Jahres-Rhythmus bei verminderten Einkünften. Gerade der letzte Vorschlag wird immer wieder - so auch vom niedersächsischen Kultusminister Oschatz - in die Debatte gebracht, und er scheint am ehesten mit den Lehrerverbänden verhandelbar. Der Bund könnte sich aus eingesparten Mitteln der Arbeitslosenhilfe an der Finanzierung eines solchen Konzepts beteiligen.

Die Fraktionsvorsitzenden der SPD aus Bund und Ländern haben vor genau drei Jahren in Kiel in einer EntschlieÙung einen „dringenden Regelungsbedarf“ bei der Bekämpfung der Lehrerarbeitslosigkeit gesehen. Die Lage hat sich seit dem weiter zugespitzt. Geschehen ist konkret jedoch fast gar nichts. Die im Konsens zwischen Bundesregierung, A- und B-Ländern erreichte Empfehlung der BLK ist wohl die letzte Chance, ein abgestimmtes Konzept durchzusetzen. Gelingt es dem Bundeskanzler nicht, die Vorstellungen des Bildungsausschusses und seiner Bundesbildungsministerin durchzusetzen, wird es schwer sein, zwischen Passau und Flensburg in den nächsten zehn Jahren die Schule lebendig zu erhalten.

(-/19.11.1985/bb/ks)

+ + +



Voraussetzungen für ein Fernsehprogramm von RIAS-Berlin schaffen!

Dies darf aber kein Sprachrohr der jeweilig Regierenden werden

Von Professor Dr. Nils Diederich MdB  
Mitglied des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages  
Stellvertretender Landesvorsitzender der Berliner SPD

Der Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages hat in seiner abschließenden Beratung des Haushaltsplanentwurfs für das Jahr 1986 neun Millionen DM in den Haushaltsplan eingestellt, die für Vorarbeiten für das geplante Fernsehprogramm des RIAS vorgesehen sind. Die Mittel sind zunächst qualifiziert gesperrt, das heißt, die Leistung der Ausgaben bedarf der Einwilligung des Haushaltsausschusses.

Unbeschadet der Tatsache, daß eine endgültige Entscheidung über die Einrichtung des RIAS-Fernsehens damit noch nicht gefallen ist, sondern lediglich finanzielle Voraussetzungen für die Vorbereitungsarbeiten geschaffen wurden, müssen die Voraussetzungen, unter denen ein solches Fernsehen stattfinden soll, zügig geklärt werden.

1. Der RIAS darf nicht auf Dauer von Ministerialbeamten und Vertretern der Bundesregierung einerseits und Vertretern der amerikanischen Schutzmacht andererseits lediglich administrativ kontrolliert werden. Es muß ein Kontrollgremium geschaffen werden, das demokratisch legitimiert ist und das über die Durchführung des Programmauftrags, die Verwendung der öffentlichen Mittel und eine pluralistische Personalpolitik wacht.
2. Der RIAS muß mit drahtlosen Sendefrequenzen so versorgt werden, daß sein besonderer Programmauftrag, das heißt Versorgung der Bürger in der DDR mit Nachrichten und Informationen, erfüllt werden kann. Eine Einspeisung lediglich in das Kabelfernsehnetz West-Berlins wäre in keinem Falle hinreichend. Bedenklich wäre es auch, wenn der RIAS als Schlüssel für ein bundesweites „Regierungsfernsehen“ verwendet würde, ohne daß der eigentliche Auftrag erfüllt würde.
3. Auch für das Fernsehprogramm muß die besondere Aufgabenstellung des RIAS erhalten bleiben. Er soll durch qualifizierte Information über das Geschehen in beiden deutschen Staaten und der Welt für alle Deutschen über die Grenzen Westberlins hinaus eine Klammer besonderer Art bilden. Besondere Aufgabenstellung ist dabei, den Kenntnisstand zum Verständnis der besonderen deutsch-deutschen Probleme zu vermitteln und dabei die unterschiedlichen Auffassungen und Standpunkte deutlich zu machen. Der RIAS hat sich von einem durch Anordnung der amerikani-

schen Besatzungsmacht errichteten Rundfunk zu einer „freien Stimme der freien Welt“ entwickelt, die sich durch hohe journalistische Qualität, pluralistische Ausrichtung und das Streben nach gründlicher, ausführlicher, freier, kritischer und vielfältiger Information auszeichnet. Der Verzicht auf platte Propaganda muß den RIAS in Zukunft ebenso auszeichnen wie es in der Vergangenheit war.

4. Ein eigenes RIAS-Fernsehprogramm muß als Angebot neuartig sein, indem es, anknüpfend an die Erfahrungen des Hörfunks, dem Auftrag des RIAS auch im neuen Medium voll Rechnung trägt. Insbesondere sollte der RIAS keinen Ehrgeiz entwickeln, andere Anstalten auf dem Feld der Unterhaltung auszustechen. Ein solcher Wettlauf kann nie bezahlt werden. RIAS-Fernsehen muß ein neuer Strahlpunkt für die kulturelle Landschaft Berlins und für die Verknüpfung kultureller Anliegen der deutschen Staaten werden. RIAS darf keine, wie immer geartete Propagandaaufgabe erhalten. Pluralität und Meinungsvielfalt müssen erhalten bleiben und übrigens auch in der Personalpolitik zum Ausdruck kommen.
5. Die Zusammenbindung mit kommerziellen Bestrebungen muß ausgeschlossen sein. Ebenso muß RIAS aus jeder Gefahr, Regierungssprachrohr oder Instrument bestimmter gesellschaftspolitischer Konzeptionen oder Ideologien zu werden, herausgenommen werden. Er muß journalistisch das Maß von innerer Autonomie haben, das notwendig ist, jeden Versuch, ihn zum Instrument von Regierungspropaganda zu machen, abwehren zu können.

Eine Kooperation mit ARD und ZDF zur Ergänzung der eigenen Kapazität und auch zur produktiven Beteiligung mit eigenen Beiträgen aus dem speziellen Bereich der RIAS-Tätigkeit sollte konsequent angestrebt werden.

Noch immer unterliegt der RIAS einem besatzungsrechtlichen Statut. Die Bundesregierung sollte - 40 Jahre nach Kriegsende - das Selbstbewußtsein und die Kraft besitzen, die Entwicklung des RIAS durch vertragliche Abmachung mit unseren amerikanischen Partnern zu sichern. Der deutsche Steuerzahler trägt den überwiegenden Teil der Kosten für den RIAS. Diese Dotierung muß aus dem Ruch der „Besatzungslasten“ herausgebracht werden. Die Struktur des RIAS muß den Anforderungen entsprechen, die für die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten deutschen Rechts gelten. (-/19.11.1985/va/ks)

+ + +